Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger u. Geschäftsstelle nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreise laut ausliegender Preisliste Nr. 5. — Ziffer-Gebühr: 20 Rpfg. — Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzwünsche werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. — Bei Konkurs und Zwangsvergleich erlischt jeder Anspruch auf Nachlaß.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 224 — 94. Jahrgang | Drahtanschrift: „Tageblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Mittwoch, den 25. September 1935

Der Pumpwahn.

In der „Deutschen Volkswirtschaft" nimmt der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP., Bernhard Köhler, Stellung gegen das Pumpunwesen, unter dem Handwerker und Einzelhändler schwer zu leiden haben. In seinem Artikel, der Hebung der Zahlungsmoral bezweckt, schreibt der Verfasser unter anderem:

PPD. Es gehört zu den bekannten „unbegreiflichen Narrheiten" des Nationalsozialismus, mit denen er allen „Sachkennern" bewies, daß er wirtschaftlichen Fragen gegenüber im Stande kindlicher Unschuld und Unkenntnis lebte, wenn er sich an die Erkenntnis hielt, daß Wiederaufrichtung der Wirtschaft nur durch Arbeit und daß fehlendes Kapital ebenfalls wieder nur durch Arbeit erreicht werden kann. Für spätere Historiker wird es reizvoll sein, festzustellen, wie sehr die Finanzierungsmethoden eines so strengen und nüchternen Wirtschaftstechnikers, wie es Dr. Schacht ist, den propagandistisch ausgesprochenen Forderungen der Nationalsozialisten entsprechen.

Naturgemäß gibt es Leute, die angesichts der Vorfinanzierung unserer neuen Arbeit im neuen Reich greinend wie trübselige Greise und festgekrallt wie angstvoll Ertrinkende an dem Worte „Kreditausweitung" festhalten. Was auf dem Gebiete der Finanzierung deutscher Arbeit durch die Regierung Adolf Hitlers geschehen ist und auch weiterhin geschehen wird, ist grundsätzlich und bis in alle Einzelheiten verschieden von der kapitalistischen Methode der Vergangenheit, auch dann, wenn praktische Erwägungen Maßnahmen angezeigt erscheinen lassen, die denen der Vergangenheit äußerlich ähnlich sind. Der Kerngedanke bleibt immer der, daß das Reich berechtigt ist, auf bestimmt errechenbare künftige Einnahmen Vorschüsse zu nehmen und diese ausgiebig zu verlängern, was etwas völlig anderes ist als die Bitte an das Kapital, die dem Volke lebensnotwendige Arbeit zu genehmigen und zu ermöglichen.

Es ist nicht verwunderlich, daß manchem die Brechung der Zinsknechtschaft nicht schnell genug geht. Die Katastrophentheorie des Marxismus steckt vielen Deutschen noch so tief im Hirn, daß sie beim besten Willen doch immer wieder in die ausgefahrenen Gleise hineingeraten, die die materialistische Wirtschaftsphilosophie und Wirtschaftsplanung jahrzehntelang vorgefahren hat. Daß letzten Endes die Macht des Kapitals nur gebrochen werden kann durch Verringerung der Nachfrage nach ihm und durch Erhöhung des Kapitalangebotes, also durch Zerstörung seiner marktbeherrschenden Stellung, sollte allmählich aus gewissen praktischen Erfahrungen auch denen einleuchten, die gerne einmütig mit den Marxisten von der Aufhebung der Wirtschaftsgesetze faseln.

Daß der Kampf gegen den Kapitalismus und auch der besondere gegen das Leihkapital nichts mit einem Kampf gegen Sparen, Kapitalbildung und mit der Gewinnung höherer Lebenshaltung durch vorgeleistete Arbeit (Kapital) zu tun hat, dürfte allmählich nach einigen Erschütterungen des gesunden Menschenverstandes wieder Gemeingut geworden sein. Daß er aber nicht allein durch staatliche Maßnahmen, wie sich ein Marxist oder ein Kapitalist das denken würde, sondern von jedem einzelnen geführt werden muß, ähnlich wie der Befreiungskampf des deutschen Volkes von jedem einzelnen Kämpfer geführt werden mußte: dies in das Volk hineinzupauken, ist noch immer eine sehr aktuelle Aufgabe der Bewegung. Der Kredit-Aberglaube, der Pumpwahn, ist noch längst nicht völlig verschwunden. Und die Erkenntnis von der Gefährlichkeit eines Systems, das sich auf dem Pump aufbaut, ist leider noch recht gering.

Es ist selbstverständlich, daß es nicht möglich sein wird, von heute auf morgen die unzähligen unrationellen Gewohnheiten aus dem wirtschaftlichen Alltag zu entfernen. Eines aber ist sicher: Mit einer dauernden Blüte des deutschen Volkslebens kann erst dann gerechnet werden, wenn das Volk sich darauf besinnt, daß nur erworbener, niemals aber geliehener Reichtum Wohlstand sein kann.

Dies greift naturgemäß in die Lebensverhältnisse des einzelnen auf das tiefste ein. Schulden, die nun einmal gemacht sind, kann man nicht ohne weiteres streichen, so angenehm manchem einem solche „Brechung der Zinsknechtschaft" erscheinen möchte. Sondern man muß zunächst einmal entschlossen sein, neuen Wohlstand dadurch zu begründen, daß man Schulden tilgt. Es wäre schon ungeheuer viel gewonnen, wenn nur im täglichen Kleinverkehr unnötiges Schuldenmachen als wirtschaftlich bedenklich erkannt würde.

Der Einzelhändler, der zinslos stunden muß und dafür verzinsliches Geld bei der Bank holen muß, der den Vorteil des Bareinkaufs nicht wahrnehmen kann und der schließlich alle die Kosten, die durch unpünktliche Zahlung seiner Kunden ihm entstehen, doch auf die Ware draufschlagen muß, kämpft auf die Dauer einen aussichtslosen Kampf gegen Unternehmungsformen, die in dieser Hinsicht gesünder arbeiten. Ähnlich geht es dem Handwerker, dessen Arbeiten immer wieder überteuert erscheinen, weil er dem Kunden stunden und dafür am Freitag zur Gewerbebank oder zur Sparkasse laufen muß, um händeringend die Löhne für seine Gesellen aufzutreiben. Die ewige Klage, daß zur Übernahme von Aufträgen das Kapital fehle und daß daher der Staat für die Bereitstellung solchen Kapitals sorgen müsse, ist sinnlos gegenüber der Erkenntnis, daß auf diese Weise der sogenannte selbständige Handwerker oder Unternehmer zum Arbeitnehmer des Kapitals wird, dessen Preis, der Zins, demnach um so höher steigen muß, je dringender die Nachfrage nach ihm wird, also je notwendiger die Volkswirtschaft die Finanzierung der gewerblichen Arbeit braucht.

Es gibt nur einen Weg zur Kapitalbildung: sparen. Sparen ist das Gegenteil von Schuldenmachen. Die Vorpropaganda hat das Bild völlig verschoben: Sparen ist nicht notwendig, weil „die Wirtschaft dein Geld braucht", sondern weil du selbst wohlhabend werden sollst.

Der Anfang dazu aber heißt: Schulden bezahlen und keine Schulden mehr machen. Die Summen, die allein aus verkehrten Zahlungs- und Kreditgewohnheiten heraus festgehalten werden, gehen in die Milliarden: Milliarden, die für echte Anlagen, also Wohlstandsbildung, verlorengehen.

Der Abessinienstreit vor dem englischen Kabinett.

Die englische Regierung hatte am Dienstag entscheidende Beratungen, bei denen nach dem Scheitern der Genfer Vermittlungsverhandlungen die künftigen Schritte festgelegt wurden, die Großbritannien zu gehen habe, wenn in Genf nicht noch in zwölfter Stunde eine Lösung erreicht werde und Mussolini mit den Feindseligkeiten in Abessinien beginnen sollte. Außer Eden waren sämtliche 21 Minister anwesend. Ein endgültiger Beschluß wurde allerdings noch nicht gefaßt. Es verlautete nach der Sitzung, daß die englische Regierung noch weitere Nachrichten aus Paris, Rom und Genf abwarten wolle.

Wie aus London berichtet wird, sei jetzt auch der Teil der Minister, der sich bisher noch immer für weitere Kompromißversuche eingesetzt habe, entschlossen, der von der Regierung eingeschlagenen Politik des energischen Handelns seine volle Zustimmung zu erteilen. In einem Leitartikel weist das englische Blatt „Daily Telegraph" nach, daß Mussolinis Forderungen völlig unannehmbar seien. „Daily Herald" fordert die sofortige Anwendung von Sanktionen, während „Daily Expreß" bedauert, daß diese Maßnahmen nicht geschlossen durchgeführt werden können, da zahlreiche andere Staaten sich nicht daran beteiligen würden. Im allgemeinen wird die Lage als sehr ernst angesehen.

Zur Vorbereitung der Londoner Kabinettssitzung hatten wichtige Besprechungen in der Downingstreet stattgefunden. So empfing Ministerpräsident Baldwin die Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses, worauf eine Besprechung mit den Chefs der außenpolitischen und militärischen Stellen stattfand, an der neben Sir Robert Vansittart, dem Chef des Foreign Office, des englischen Auswärtigen Amts, auch die Stabschefs der drei Waffen teilnahmen, die einen Bericht über die außenpolitischen und militärischen Vorbereitungen Großbritanniens abgaben. Über den Besuch des englischen Botschafters Sir Eric Drummond bei Mussolini berichtet die englische Presse, daß er eine persönliche Botschaft des britischen Außenministers überbracht habe. Sir Eric Drummond habe dem Duce versichert, daß die britische Politik in keiner Weise italienfeindlich sei. England habe nach den Völkerbundssatzungen bestimmte Verpflichtungen, die es einzuhalten wünsche. Wie das englische Nachrichtenbüro Reuter meldet, umfaßten die Versicherungen des Botschafters das gesamte Gebiet der britischen Politik. Die Ereignisse steuerten auf Dreimächtebesprechungen über den italienisch-abessinischen Konflikt außerhalb des Völkerbundes zu.

Kein Gegenvorschlag Mussolinis an den Völkerbundsrat.

Auch der italienische Ministerrat war am Dienstag zusammengetreten, um die internationale Lage zu erörtern. Der Ministerrat hat sich aber bald auf Sonnabend vertagt. Die Sitzung galt zum größten Teil laufenden Regierungsgeschäften. Doch hat Mussolini auch eine neue Erklärung zum italienisch-abessinischen Streitfall abgegeben, über die die amtliche Mitteilung besagt: Mussolini erstattete einen Bericht über die Entwicklung der politischen Lage von Sonnabend bis heute, wobei er feststellte, daß Italien in Genf keine Gegenvorschläge unterbreitet hat, sondern lediglich mündlich die Motive auseinandersetzen ließ, aus denen die Vorschläge des Fünferausschusses unannehmbar waren.

Wie der Berichterstatter der englischen Zeitung „Daily Mail" seinem Blatte aus Addis Abeba meldet, hat der

Kaiser Haile Selassie die Mobilmachungsorder unterzeichnet.

In dem Mobilmachungsbefehl werden alle waffenfähigen Männer Abessiniens aufgefordert, sich bei ihren Stammeshäuptlingen zu versammeln.

Das französische Nachrichtenbüro Havas läßt sich aus Addis Abeba melden, daß man in dortigen amtlichen Kreisen die italienischen Gegenvorschläge für unannehmbar halte. Die abessinische Regierung weigere sich, Gebietsteile abzutreten, die eine Verbindung zwischen Italienisch-Somaliland und Eritrea ermöglichen. Sie weigere sich ferner, einer Abrüstung der abessinischen Streitkräfte zuzustimmen.

•

Entspannung London—Rom?

Keine Entscheidung des britischen Kabinetts.

Die Sitzung des englischen Kabinetts am Dienstag dauerte fast zwei Stunden; über ihr Ergebnis wurde keinerlei amtliche Mitteilung ausgegeben. Gewöhnlich pflegen Kabinettssitzungen, die nach Ferien stattfinden, länger zu dauern, da eine ganze Reihe von Fragen besprochen wird. Die Tatsache, daß das Kabinett nur so kurze Zeit zusammen war, wird daher in unterrichteten Kreisen als ein Zeichen dafür angesehen, daß keine Entscheidung gefällt wurde. Man glaubt, daß die Minister weitere Mitteilungen aus Genf, vielleicht auch aus anderen Hauptstädten, erwarten wollen. Diese Annahme wird durch die Tatsache gestützt, daß Vorsorge getroffen wurde, um die Minister jederzeit wieder zusammenberufen zu können. Sämtliche Minister bleiben in London.

Reuter berichtet, daß nach den Mitteilungen, die dem Kabinett vorliegen, der Völkerbundsrat am Donnerstagvormittag zusammentreten werde. Der Völkerbundsrat werde zwischen zwei Wegen wählen können; entweder werde er nach Artikel 15 des Völkerbundsvertrages vorgehen und einen Bericht annehmen oder er werde die Politik der Versöhnung fortsetzen, um zu prüfen, ob nicht doch eine andere Grundlage als die vom Fünferausschuß vorgeschlagene für eine Versöhnung gefunden werden könne.

Das Kabinett habe nach Reuter weiter mit Befriedigung festgestellt, daß in den Beziehungen zwischen England und Italien nach Veröffentlichung der britischen Verlautbarung über die Flottenbewegungen sowie auf die persönliche Botschaft Hoares an Mussolini hin eine gewisse Entspannung eingetreten sei.

Nachprüfung der militärischen Ausbildung in London.

Die auf den Londoner Arbeitsämtern eingetragenen Personen werden jetzt eingehend nach ihrer militärischen Ausbildung befragt; sie müssen angeben, ob sie der regulären Armee angehört haben, bei welchem Regiment sie gedient und an welchen Lehrgängen sie teilgenommen haben. Diese Maßnahme dürfte in den Rahmen der Vorsichtsmaßnahmen fallen, die die britische Regierung auf verschiedenen Gebieten der Landesverteidigung bereits getroffen hat.

Weitere Beschlüsse des italienischen Ministerrats.

Die Beschlüsse des italienischen Ministerrats vom Dienstag betreffen zum größten Teil militärische Verwaltungsgeschäfte, die mit den Truppenbeförderungen nach Ostafrika zusammenhängen.

Die wichtigste Maßnahme bestimmt, daß alle Wehrpflichtigen der Jahrgänge 1901 bis 1914, die bisher aus gesundheitlichen und anderen Gründen nicht eingezogen worden waren, sich eine Nachmusterung unterziehen müssen. Eine weitere einschneidende Maßnahme ist, daß der Dienst in den nach Ostafrika entsandten Schwarzhemden-Divisionen dem Dienst des regulären Heeres gleichgestellt wird. Die höheren Offiziere der Faschistischen Miliz erhalten ohne weiteres den Rang von Reserveoffizieren des Heeres. Unter den Gesetzentwürfen, die sich auf die Luftwaffe beziehen, ist besonders die Bestimmung zu erwähnen, wonach die Mitglieder der Regierung und des Großen Faschistischen Rates Reservefliegeroffiziere werden können. Außerdem werden

eine Million Lire zum Bau von bombensicheren Unterständen in Messina

ausgeworfen.

Zu der Mitteilung über den italienischen Ministerrat erklärt man in englischen Kreisen, daß man bei der jetzigen Lage entschlossen sei, die erforderlichen Entscheidungen im Rahmen des Völkerbundes, ohne Ueberstürzung, aber

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF